

Dem Frieden eine Chance – Truppen raus aus Afghanistan!

In den Medien wird die heutige Beratungsrunde in London gerne als Konferenz „der internationalen Gemeinschaft“ über die zukünftigen Strategien für den Wiederaufbau und die Stabilisierung Afghanistans dargestellt. Tatsächlich kommen jedoch nur führende Politiker der Besatzungsmächte und ihre afghanische Verbündeten zusammen. Letztere setzen sich, wie bei den vorangegangenen Konferenzen, aus Warlords, Drogenkönigen und Exil-Afghanen zusammen, die kaum legitimiert sind, über die Zukunft ihres Landes zu verhandeln.

Seit acht Jahren führen die USA und die übrigen 27 Staaten der NATO Krieg in Afghanistan. Vom offiziell verkündeten Ziel, das Land zu demokratisieren und zu stabilisieren, sind sie weit entfernt. Stattdessen eskaliert der Krieg und wird immer mehr auf pakistanisches Gebiet ausgeweitet. Jahr für Jahr nehmen sowohl die Kampfhandlungen als auch die Opferzahlen massiv zu.

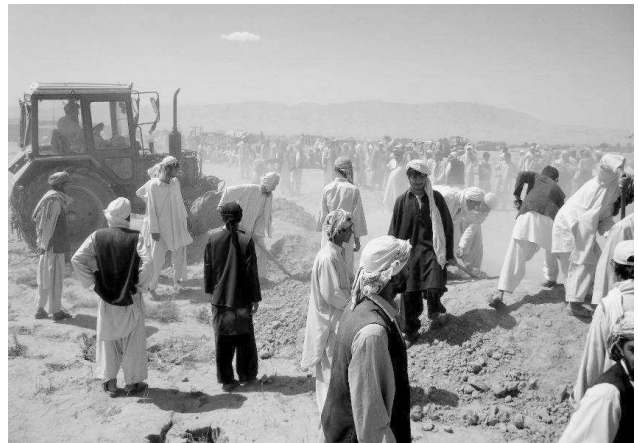
Die mörderische Realität dieses Krieges wurde der deutschen Öffentlichkeit im September letzten Jahres drastisch vor Augen geführt, als durch die von Oberst Klein angeordnete Bombardierung zweier Tanklastzüge über 140 Afghanen massakriert wurden.

Die Präsidentenwahlen im Herbst wiederum zeigten deutlich, wie dünn und brüchig die Fassade des angeblich demokratischen Aufbaus ist und wie wenig die Bevölkerung von so einer Farce hält: Nach Abzug aller gefälschten Stimmen lag die Wahlbeteiligung unter 20%.

Selbst aus den Stäben der Nato-Armeen mehren sich die Stimmen, dass der Krieg nicht zu gewinnen ist. Auf der heutigen Konferenz sollen nun neue Ansätze gefunden werden, mit denen das eingesetzte Marionettenregime doch noch stabilisiert werden kann. Das Ergebnis steht praktisch schon fest: die Entsendung zusätzlicher Truppen und eine weitere Eskalation des Krieges.

So will die deutsche Regierung das Bundeswehrkontingent um 850 Soldaten auf 5350 aufstocken. Natürlich ist von „neuen“ Konzepten auch die Rede, wie die Erhöhung der Mittel für zivile Aufbauprojekte und der Zahl der Polizeiausbilder.

Die Hilfsprojekte sollen jedoch, wie „Entwicklungsminister“ Dirk Niebel deutlich machte, im



Massengrab: Afghanen beerdigen die Toten, die beim Angriff auf die Tanklastzüge ums Leben kamen

Rahmen der „zivil-militärischen Zusammenarbeit“ allein die Besatzungspolitik der Bundeswehr flankieren. Und mit dem Ausbildung und Ausrüstung afghanischer Repressionskräfte wird nur das Bündnis aus Warlords und Exilafghanen, das die Regierung stellt, im Kampf gegen den Rest der Bevölkerung gestärkt.

Heute sind schon über 100.000 ausländische Soldaten und Soldatinnen am Hindukusch. Die Menschen in Afghanistan fühlen sich dadurch nicht befreit, sondern besetzt und unterstützen zunehmend den bewaffneten Widerstand. Selbst in der anfänglich so ruhigen, von der Bundeswehr kontrollierten Provinz Kundus herrscht nun offener Krieg. Die Besatzungstruppen sind das Hauptproblem im Land und keineswegs die Lösung. Erst ihr Abzug macht den Weg frei für zivile Lösungen der Konflikte und ermöglicht humanitären Hilfsorganisationen zu arbeiten, ohne in den Krieg hineingezogen zu werden

- **Sofortige Einstellung der Luftangriffe in Afghanistan und Pakistan**
- **Rascher Rückzug aller Nato-Truppen**
- **Bundeswehr raus aus Afghanistan**
- **Die Entscheidung über die Zukunft Afghanistans den Afghanen überlassen**

Kundgebung: Do. 28. Jan. 2010 – 18.00 Uhr | Hauptstraße/St. Annagase

Heidelberger Forum gegen Militarismus und Krieg • www.antikriegsforum-heidelberg.de
Spenden bitte auf das Konto 908 18 28 bei der Sparkasse Heidelberg (BLZ 672 500 20)